

Aktionsplan Inklusion (Stadt Bayreuth)

Ort: Neues Rathaus

Datum und Uhrzeit: 21.11.16, 17:00 Uhr

1. Treffen Arbeitsgruppe Mobilität und Barrierefreiheit

Teilnehmer: 21

Name	Vorname	Institution
Beekes	Bastian	
Billenstein	Helmut	Werkstatt für Menschen mit Behinderung
Frey	Sabine	
Göhring	Andrea	Ambulanter Beratungs- und Servicedienst (ABS)
Günther	Denis	
Gut	Monika	Stadtwerke Bayreuth
Hübner	Norbert	Tiefbauamt
John	Michael	BASIS-Institut
Korn	Manfred	Bayer. Blinden- und Sehbehindertenbund e.V. Regionalgruppe Bayreuth
Kurz	Jürgen	Ordnungsamt
Linhardt	Peter	Bauordnungsamt
Mayer zu Heiligen	Ulrich	Stadtplanungsamt
Müller	Bettina	Stadt Bayreuth
Müller	Susanne	
Rannenberg	Laura	BASIS-Institut
Richter	Reinhold	Behindertenbeirat
Schraml	Mirco	Caritas
Teufel	Melanie	Sozialamt
Tiedemann	Elena	BASIS-Institut
Winkler	Christine	Stadt Bayreuth
Wurzel	Bettina	Behindertenbeauftragte Stadt Bayreuth

Inhalt

1	Begrüßung durch Frau Wurzel.....	2
2	Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John.....	2
3	Diskussion	3
4	Verabschiedung	13

1 Begrüßung durch Frau Wurzel

Zu Beginn der Veranstaltung begrüßt Frau Wurzel, Behindertenbeauftragte der Stadt Bayreuth, die TeilnehmerInnen der ersten Arbeitsgruppensitzung mit dem Thema Mobilität und Barrierefreiheit. Sie freut sich über das zahlreiche Erscheinen der TeilnehmerInnen. Sie betont, dass in dieser Sitzung viele Experten in eigener Sache zusammengekommen sind, wodurch die Thematik Barrierefreiheit aus verschiedensten Blickwinkeln betrachtet werden kann.

2 Vorstellung des Planungsprozesses durch Herrn John

Herr John, Geschäftsführer des BASIS-Instituts, begrüßt seinerseits die Anwesenden und skizziert den Ablauf des Aktionsplans Inklusion: Insgesamt würden sechs Themen in jeweils drei Arbeitsgruppensitzungen behandelt. Diese Themen seien basierend auf der Auftaktveranstaltung von der Steuerungsgruppe festgelegt worden. Die zweite Runde werde voraussichtlich Ende Januar bis Ende Februar stattfinden. Eine Woche vor der dritten Sitzung werde ein Entwurf versendet, der die aus den Arbeitsgruppen resultierenden Maßnahmen inklusive Statistiken basierend auf einer Befragung von Menschen mit Behinderung enthalten werde. Diese Befragung laufe im Dezember/Januar. Die Auswahl der Befragungsteilnehmer beruhe auf einer Zufallsstichprobe, bei der etwa jeder vierte Betroffene einen Fragebogen erhalten habe. In der dritten Runde Ende März/April bestünde dann die Möglichkeit, Änderungsvorschläge anzuregen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppensitzungen würden in einer abschließenden Konferenz vorgestellt. Auch dort könne man Verbesserungsvorschläge einbringen. Im Sommer werde der etwa 200 Seiten umfassende Aktionsplan dann dem Stadtrat vorgelegt.

Herr John betont, dass das BASIS-Institut unter anderem die notwendigen Texte verfasst und die Arbeitsgruppensitzungen moderiert. Der Aktionsplan an sich ist aber ein Produkt der Menschen aus Bayreuth, die sich aktiv einbringen und ihre Ideen vor Ort einbringen sollen.

Anschließend zeigt er eine Präsentation mit den wichtigsten Ergebnissen aus der Arbeitsgruppe Mobilität und Barrierefreiheit. Die Präsentation enthält unter anderem in den Arbeitsgruppen der Auftaktveranstaltung benannte Stärken/Schwächen, wichtige Fragen und Probleme (z.B. Hotels für Menschen mit Behinderung) sowie konkrete Maßnahmenvorschläge zur Umsetzung von umfassender Barrierefreiheit, wie beispielsweise einer Toiletten-App.

3 Diskussion

In der heutigen Sitzung soll diskutiert werden, welche Aspekte bezüglich Barrierefreiheit und Mobilität berücksichtigt werden müssen. Es sollen sowohl positive Beispiele als auch negative Gesichtspunkte besprochen werden.

Im der folgenden Diskussion können sich die TeilnehmerInnen jederzeit einbringen. Die Themenreihenfolge ist in dieser ersten Sitzung noch völlig beliebig. Herr John, der das Gespräch moderiert, bittet darum, sich jeweils mit Namen und ggf. Funktion vorzustellen.

Herr Korn leitet die Diskussion mit einem Lob ein. Er hebt positiv hervor, dass bereits 21 von 80 Ampeln in der Stadt Bayreuth auf Blindenampel umgerüstet wurden und betont die Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft der Mitarbeiter des Stadtverkehrs. Allerdings kritisiert er, dass Hotels - nicht nur in Bayreuth – auf die Bedürfnisse von Menschen mit Seheinschränkungen nicht vorbereitet sind. Außerdem gibt es seiner Meinung nach zu wenige barrierefreie Hotels in der Stadt Bayreuth. Zudem merkt er kritisch an, dass insbesondere Arztpraxen auf alle Einschränkungsarten ausgerichtet sein müssen und fügt an, dass es Kompromisse braucht, um alle Perspektiven zu integrieren.

Frau Wurzel (Behindertenbeauftragte) merkt an, dass für diese mangelnde Ausrüstung nicht ausschließlich fehlende Gelder verantwortlich sind. Ihrer Meinung nach fehlt es den Menschen häufig an grundlegenden und umfassenden Informationen. Häufig sei der Wille zu barrierefreien Planungen da, aber aufgrund mangelnder Kenntnis gibt es dennoch viele Defizite in der Umsetzung. In den Köpfen der Menschen ist die Barrierefreiheit für Menschen mit Körperbehinderungen schon weitaus tiefer integriert, als beispielsweise die Bedürfnisse von Menschen mit Seh- oder Höreinschränkungen.

Herr Richter (Behindertenbeirat) wünscht sich mehr barrierefreie Hotels für die Stadt Bayreuth. Er sieht einen enormen Bedarf an Hotels. Beispielsweise wollten sie bereits ein

Landesverbandstreffen der Selbsthilfegruppen veranstalten, aber die Teilnehmer konnten in Bayreuth nicht übernachten. Es bedarf folglich Hotels mit mehreren barrierefreien Zimmern, sodass mehrere Menschen mit Einschränkungen auch problemlos verreisen können.

Herr Beekes berichtet, dass er aus seinem Auslandssemester für eine Prüfung an der Universität nach Bayreuth reisen wollte, aber kein barrierefreies Hotel in seiner Preisklasse gefunden hat. Auch ein Freund von ihm, welcher im Rollstuhl sitzt, hat lediglich ein barrierefreies Hotel in Aichig gefunden, welches sich aber absolut nicht in Stadtnähe befindet.

Frau Müller (Behindertenbeirat) erläutert, dass es in Bayreuth kein Hotel gibt, welches ein umfassend barrierefreies Zimmer aufweist. Viele Hotels behaupten dies zwar, aber dennoch sind beispielsweise die Zimmer viel zu schmal geschnitten. Bestenfalls sind diese als barrierefrei deklarierten Hotels barrierearm und wenn dies der Fall ist, dann ausschließlich ein Zimmer. Sie erzählt, dass auf dem Mini-Campus ein neues Hotel geplant wird und fordert alle anwesenden TeilnehmerInnen auf, an diesem Projekt am Ball zu bleiben, sodass es für Menschen mit Einschränkungen nutzbar gestaltet wird. Geplant ist, dass dort mindestens vier oder fünf barrierefreie Zimmer entstehen. Laut Frau Müller muss der Gesellschaft mehr ins Bewusstsein geholt werden, dass Barrierefreiheit nicht nur für Menschen mit Behinderung wichtig ist, sondern dass sie beispielsweise auch für ältere Menschen sehr hilfreich ist. Darüber hinaus ist es auch für Menschen ohne jegliche Einschränkung nicht problematisch, wenn sie ein barrierefreies Zimmer nutzen. Sie betont, dass insbesondere die Perspektive von höreingeschränkten Menschen nicht vergessen werden darf, beispielsweise bezüglich einer Alternative für herkömmliche Rauchmelder.

Sie zeigt auf, dass der Behindertenbeirat sowie alle vorhandenen Arbeitskreise jederzeit zukünftigen Bauherren beratend zur Seite stehen. In der Vergangenheit gab es beispielsweise bereits eine Zusammenarbeit mit dem Hotel- und Gaststättenverband, bei der einzelne Empfehlungen des Behindertenbeirats umgesetzt wurden. Zum Beispiel wurde vor das Hotel H4 ein Behindertenparkplatz eingezeichnet.

Herr Korn fordert Schulungen für das Personal in Ämtern oder auch im Freizeit- und Kulturbereich. Als Mensch mit Sehbehinderung fällt ihm auf, dass Personen häufig mit Zeigegesten kommunizieren, die ein blinder Mensch nicht wahrnehmen kann. Frau Müller entgegnet, dass in diesem Fall die Verantwortung auf der Seite des Menschen

mit Einschränkung liegt, der das Personal auf sein Handicap aufmerksam machen muss, da dies oft nicht auf den ersten Blick ersichtlich ist.

Frau Wurzel erklärt, dass einige Hotels und Gaststätten bereits mit der App Wheelmap in Zusammenarbeit mit Frau Winkler erfasst wurden. Sie hebt die Jugendherberge in Bayreuth positiv hervor. Die Verantwortlichen dort sind ihrer Meinung nach sehr motiviert, Barrierefreiheit umzusetzen und haben sie als Behindertenbeauftragte intensiv in die Planung einbezogen. Sie wünscht sich eine offizielle Audit-Gruppe, die von allen Seiten anerkannt wird, welche sich von Anfang an bei großen Objekten einbringt. Zudem sieht sie die Notwendigkeit, dass die Bevölkerung verstärkt realisiert, dass umfassende Barrierefreiheit ein sehr wichtiger Punkt ist.

Herr Mayer (Stadtplanungsamt) fragt sich, an welcher Stelle im Planungsprozess ein Experte für Barrierefreiheit angesiedelt sein sollte. Im Planungsamt werden die Pläne in einer sehr frühen Phase vorgelegt, allerdings bekommt man an dieser Stelle nicht immer die neusten Entwicklungen mit. Bei einer Planung von großen Objekten sind diverse Stellen wie das Hochbauamt, die Städtebauförderung, das Planungsamt, das Stadtgartenamt und viele mehr beteiligt. Seiner Meinung nach braucht es eine Querschnittsanbindung und ein Experte darf nicht nur an einer Dienststelle angedockt sein, da diese nur punktuell eingebunden werden. Herr John stimmt ihm zu und wünscht sich, dass Menschen mit Behinderungen aktiv eingebunden werden. Es braucht zum einen die fachliche Seite, aber zugleich auch die Menschen mit Einschränkungen in den Planungen. Häufig werden bei großen Bauvorhaben Menschen mit Behinderungen außenvorgelassen und ausschließlich Planungsinstitute beauftragt. Er sieht in der Mitarbeit der betroffenen Menschen eine große Empowerment Chance.

Frau Müller gibt Herrn John Recht. Im Verlauf der Arbeit des Arbeitskreises barrierefreie Stadt hat sich herausgestellt, dass es an einem Fachmann in der Stadtverwaltung mangelt. In dem Arbeitskreis sitzen ausschließlich Laien, die sich beispielsweise nicht professionell mit dem Lesen von Bauplänen auskennen. Zudem kritisiert sie, dass der Behindertenbeirat selten bis nie bei Bauvorhaben herangezogen wurde. Als Konsequenz wurden verschiedene Arbeitsgruppen, wie zum Beispiel der Arbeitskreis barrierefreie Stadt, herausgebildet, um selbst aktiv auf Bauträger zugehen zu können und mit ihnen in Diskussionen einzusteigen. In diesen Projekten konnten sie mehr erreichen, beispielsweise ist der Schneidermarkt ein positives Beispiel. Dennoch betont sie, dass es in der Stadtverwaltung einen fixen Ansprechpartner mit Fachkenntnis

braucht, der mit ihnen aktiv zusammenarbeitet, Hinweise gibt und an den Sitzungen des Arbeitskreises teilnimmt.

Herr Billenstein merkt an, dass dieser Experte dann in einem sehr späten Zeitraum der Planung ansetzen würde. Seiner Meinung nach wäre es sinnvoller, wenn grundlegender an der Bewusstseinsbildung und Schulung von Architekten angesetzt wird, sodass nicht vorhandene Pläne überarbeitet werden müssen, sondern von Anfang an barrierefrei gedacht wird. Er selbst hat eine betroffene Tochter und berichtet, dass sie nur sehr selten verreisen können, da es kaum behindertengerechte Hotels gibt. Herr Mayer gibt ihm teilweise Recht. Allerdings erklärt er, dass manchmal Planungen auch von Seiten der Stadt gemacht werden, beispielsweise im Tiefbaubereich oder bei Gartenarbeiten. Herr John fragt in die Runde, wie man dazu beitragen kann, dass bei Architekten und Bauherren das Thema Barrierefreiheit zunehmend ins Kalkül rückt. Herr Korn antwortet, dass es hierfür übergeordnete Stellen benötige.

Herr Beekes erklärt, dass im Architekturstudium kaum Raum und Zeit für die Thematik Barrierefreiheit ist. Zudem benennt er die Problematik, dass bei Neubauten die zuständigen Architekten nur sehr selten direkt aus Bayreuth kommen und deshalb durch lokale Arbeitskreise nur schwer erreichbar sind.

Frau Müller merkt an, dass in dem heutigen Rahmen ein Plan für Bayreuth erstellt wird, weshalb man sich ihrer Meinung auf Maßnahmen für die Stadt Bayreuth konzentrieren sollte und überlegen sollte, was hier vor Ort umgesetzt werden kann. Sie fordert außerdem, dass Barrierefreiheit stets gänzlich umgesetzt wird und nicht nur einzelne Teilbereiche.

Frau Wurzel erklärt, dass die bayerische Behindertenbeauftragte Frau Badura bereits an dem Thema arbeitet und auch die Universitäten in ihrer Lehre direkt bei den Architekten und Ingenieuren ansetzen. Darüber hinaus haben Frau Müller und sie sich bereits einige Gedanken diesbezüglich gemacht. Beispielsweise schreibt Frau Müller aktuell sehr dezidierte Baubeschreibungen am Objekt. Diese Methode bringt schon einige Erfolge mit sich, zum Beispiel in der Marktstraße. Sie erläutert, dass dies alles kleine Schritte für Bayreuth darstellen, aber die Welt an sich kann nicht so schnell geändert werden.

Herr Richter befürwortet einen Sachbearbeiter im Rathaus, welcher zusammen mit dem Behindertenbeirat die Baupläne anschaut. Wenn Objekte nicht umfassend barrierefrei sind, so soll von Seiten der Stadt gesagt werden, dass die Bauordnung einzuhalten ist und der Bau ansonsten nicht genehmigt wird. Dieses strikte Vorgehen

muss konsequent auch bei kleineren Dingen, wie beispielsweise einer behindertengerechten Toilette in jeder Gaststätte, eingehalten werden.

Frau Müller erkundigt sich, an welche Ansprechpartner die Protokolle von Objektsbegehungen geschickt werden sollen und wie die Zuständigkeiten in diesem Fall verteilt sind. Herr Linhardt (Bauordnungsamt) antwortet, dass diese Protokolle immer an das Bauordnungsamt geschickt werden sollen und diese es an die betreffenden Stellen weiterleiten.

Frau Wurzel kritisiert, dass Kleinigkeiten, wie zum Beispiel ein Behindertenparkplatz mit Kopfsteinpflaster, im Jahr 2016 nicht mehr passieren dürften. Diese Anliegen müssen ihrer Meinung nach wie andere Themen in Fleisch und Blut übergehen. Es scheitert sehr oft an kleinen Dingen, die nicht sein müssten. Frau Müller stimmt ihr zu. Es werde oft richtig angedacht, aber dann nicht so umgesetzt, wie es eigentlich geplant war.

Herr Hübner (Tiefbauamt) schlägt vor, dass bei Neubauten gemeinsame Abnahmen von Fachleuten und Betroffenen gemacht werden. Beispielsweise wird Herr Korn oftmals in die Arbeitsfelder des Tiefbauamts vor Ort mitgenommen, sodass gemeinsam geeignete Lösungen gefunden werden.

Herr John wirft die Frage in den Raum, ob ein Experte, sei er beim Tiefbau- oder beim Bauordnungsamt angesiedelt, alle Dienststellen und Betroffenen koordinieren kann. Dies stellt seiner Meinung nach eher eine Koordinierungsaufgabe dar. Es könnte ebenso eine Abteilung, die sich für Barrierefreiheit spezialisiert und als Anlaufstelle für die anderen Dienststellen dient, eine mögliche Option sein. Herr Hübner entgegnet, dass sie diese Beratung für den Bereich des Tiefbauamtes gerne abdecken.

Herr John schlägt vor, bei neuen Projekten zu Beginn eine zuständige Abteilung zu bestimmen, welche für dieses Projekt für das Thema Barrierefreiheit als Ansprechpartner fungiert. Dieser könnte unter anderem mit dem Arbeitskreis barrierefreie Stadt und der Behindertenbeauftragten zusammenarbeiten.

Frau Müller ergänzt, dass ebenfalls Ansprechpartner von Nöten sind, welche bei Problemen, zum Beispiel bei rechtlichen Bestimmungen, beraten. Herr John antwortet, dass Architekten oder Vertreter der Architektenkammer, welche bereits in den Ruhestand getreten sind, aktiv angesprochen werden könnten und eventuell als Ansprechpartner für den Arbeitskreis gewonnen werden könnten.

Frau Wurzel ergänzt, dass ihre Person in dieser Zusammenstellung nicht vergessen werden darf, da über ihre Arbeit beispielsweise Fördergelder beantragt werden. Sie wünscht sich zudem, dass der Experte sowohl technische als auch kommunikative Fähigkeiten aufweist. Ein Zusammenwirken zwischen derart vielen Stellen und die

Feinabstimmung der Pläne erfordert ihrer Meinung nach insbesondere kommunikative Fähigkeiten.

Frau Müller kritisiert, dass der Arbeitskreis barrierefreie Stadt von Bauherren teilweise nicht ernst genommen wird. Ihrer Meinung nach braucht es einen Mitarbeiter der Stadt, der auch öffentlich hinter dem Arbeitskreis steht, sodass ihre Arbeit von den Architekten akzeptiert wird.

Herr Korn fügt an, dass viele Ämter aus dem Rathaus ihn oftmals in ihre Arbeit einbeziehen und die Bedürfnisse von Menschen mit Seheinschränkungen von ihm abfragen und geeignete Lösungen in ihre Projekte integrieren wollen. Er zeigt sich erfreut über diese Einbeziehung. Herr John nimmt diesen Aspekt auf und fragt, wie man diese vielen Kompetenzen zusammenbringen kann. Es braucht eine ausgewogene Balance zwischen der fachlichen Perspektive und der Perspektiven von Menschen mit einer Einschränkung. Der Nutzen einer solchen Einbindung muss von Seiten der Stadt deutlich formuliert werden. Er berichtet, dass Altenheime für eine Barrierefreiheitsprüfung bezahlen müssen. Man sollte diese Einbeziehung von betroffenen Menschen demnach professionell einbinden und eventuell auch eine Unkostenpauschale anregen, um zu zeigen, dass es sich um eine sehr wertvolle Expertenperspektive handelt.

Herrn Mayer stellt sich die Frage, wann welche Stelle welche Informationen bekommt und wie sichergestellt werden kann, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt alles exakt geprüft und durchgesehen wurde.

Herr Richter fragt sich, wann betroffene Personen von geplanten Bauvorhaben erfahren. Seiner Meinung nach erfolgt dies bisher zu einem späten Zeitpunkt, nämlich erst durch Veröffentlichungen in der Presse. Allerdings benennt er die Landesgartenschau als Ausnahme, bei welcher der Behindertenbeirat von Anfang an einbezogen wurde. Frau Wurzel ergänzt, dass sie selbst den Behindertenbeirat immer unmittelbar informiere, sobald ein neues Projekt auf ihrem Schreibtisch landet. Außerdem gebe es bei Objekten, über welche die Presse berichtet, häufig noch keine ausgearbeiteten Pläne, sodass man mit Öffentlichkeitsarbeit viel erreichen könnte. Man muss den enormen Nutzen der Barrierefreiheit herausstellen. Allerdings merkt sie an, dass es trotz eines Fachplaners oder einer neu generierten Stabstelle immer wieder einzelne Dinge geben wird, die nicht optimal bezüglich der Barrierefreiheit umgesetzt sind. Dennoch kann die Wahrscheinlichkeit für das Auftreten derartiger Fehler immens verringert werden. Sie konstatiert, dass geplante Objekte so schnell wie möglich bekannt gemacht werden müssen und Begehungen vor Ort notwendig sind.

Frau Müller stimmt zu und erklärt, dass die Begehungen des Arbeitskreises barrierefreie Stadt ideal sind, da hier Menschen mit verschiedenen Einschränkungen ehrenamtlich arbeiten und an die Bauherren oder Architekten wichtige Rückmeldungen geben können.

Herr John benennt ein strategisches Problem der Architekten. Diese sollen in ihren Plänen alle Einschränkungsarten berücksichtigen. Sie stehen oftmals vor der Herausforderung diverse Menschen mit verschiedensten Einschränkungen zu erreichen und diese Betroffenen ohne einen großen Zeitverlust zusammenzubringen. Deshalb ist auch seiner Meinung nach der bereits vorhandene Arbeitskreis barrierefreie Stadt ideal geeignet, da hier Menschen mit allen Einschränkungen einem Architekten gebündelt beratend zur Seite stehen können. Frau Müller stimmt ihm zu und erzählt, dass in der letzten Arbeitskreissitzung bereits ein Architekt anwesend war und diese Zusammenarbeit sehr fruchtbar war. Es wurde gemeinsam viel abgestimmt und Umsetzungsmöglichkeiten diskutiert.

Herr Beekes stellt die Frage in den Raum, ob nicht die Stadt in Richtung der Verantwortlichen der einzelnen Bauvorhaben kommunizieren könnte, dass es den Arbeitskreis barrierefreie Stadt gibt und dass dieser gerne beratend zur Seite steht. Herr John antwortet, dass eine Einwirkung bei privaten Bauherren eher schwierig werden könnte. Allerdings misst er komplexen Vorhaben, welche in der Öffentlichkeit diskutiert werden, bessere Chancen bei. Er fragt, wo es Chancen gibt auch auf private Bauherren einzuwirken. Diese müssen realisieren, dass beispielsweise auch viele Menschen im Alter nach und nach von Einschränkungen betroffen sind, sodass es auch für sie gut wäre, wenn sie von Anfang an für das Thema Barrierefreiheit sensibilisiert werden.

Herr Linhardt erklärt, dass beispielsweise bei privaten Bauherren eines Mehrfamilienhauses der Einfluss des Bauordnungsamtes sehr beschränkt ist, da hier der Bauherr in der Eigenverantwortung steht Artikel 48 der bayerischen Bauordnung einzuhalten. Herr Hübner stimmt ihm zu und ergänzt, dass dies eigentlich ein Problem ist, das von Seiten der Gesetzgeber gelöst werden muss.

Herr Mayer fügt hinzu, dass öffentliche Projekten, die von der Stadt geplant werden, durchaus in der Planung beeinflusst werden können, zum Beispiel Gaststätten. Herr Linhardt antwortet, dass sie bereits in ihrer Arbeit auf Barrierefreiheit hinweisen.

Herr Richter nimmt Herrn Johns Frage wieder auf. Architekten sind seiner Meinung nach nur die Ausführer. Diese müssten durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit auf den Arbeitskreis aufmerksam gemacht werden und auch von Seiten der Presse muss die

Bewusstseinsbildung angeregt werden. Er kritisiert, dass die Bekanntheit des Arbeitskreises barrierefreie Stadt in Bayreuth sehr gering ausfällt und wünscht sich mehr Berichte über deren Arbeit sowie öffentlichkeitswirksame Werbung.

Herr John schlägt vor, sich ein Beispiel an anderen Landkreisen zu nehmen. Einige Landkreise haben zum Beispiel einen Tag der Barrierefreiheit veranstaltet, bei welchem Häuser, die gut barrierefrei ausgestattet sind, für die Gesellschaft geöffnet wurden und besichtigt werden konnten. Dies könnte einen Ansatzpunkt darstellen, um die Öffentlichkeitsarbeit voranzubringen.

Frau Müller (Wohnberatung) ergänzt, dass durchaus kleine Erfolge sichtbar werden: Beispielsweise war neulich ein Bauherr bei ihr, welcher den Arbeitskreis in seine Planung involvieren und deren Hilfe wahrnehmen wollte. Auch Frau Müller aus dem Behindertenbeirat erklärt, dass man differenzieren muss. So sind öffentliche Bauherren, wie beispielsweise von Gaststätten oder Hotels, gut durch die ehrenamtliche Arbeit des Arbeitskreises händelbar. Dennoch soll bei privaten Wohnungen auf das Beratungsangebot der Stadt von Frau Müller zurückgegriffen werden. Diese zwei Arbeitsfelder muss man ihrer Meinung nach trennen. Frau Wurzel schließt sich ihr an. Den Vorschlag von Herrn John, einen Tag der Barrierefreiheit zu veranstalten, befürwortet sie. Sie schlägt vor, dass dieser von den Bauabteilungen ausgehend organisiert werden kann, da dort bereits einige Kontakte zu Architekten gepflegt werden. Herr Korn schließt sich an und fordert, dass Architekten selbst einmal die Einschränkungsperspektive einnehmen und beispielsweise ein paar Stunden selbst in einem Rollstuhl sitzen sollten.

Frau Frey fügt hinzu, dass die Perspektive von kleineren Menschen häufig vergessen wird. Beispielsweise kann sie an der Bushaltestelle Schützenstraße nicht in Busse ein- oder aussteigen, da dort die Bürgersteighöhe viel zu gering ausfällt. Herr Hübner entgegnet, dass er diese Anregung sehr gerne aufnimmt. Derartige kleine Einzelprojekte können angeschaut und nacheinander sukzessive abgearbeitet werden. Er erklärt, dass Haltestellen nur komplett barrierefrei umgebaut werden dürfen, da ansonsten keine Bezuschussung erfolgt. Herr Mayer fragt, ob es immer einer optimalen umfassenden Qualität bedarf oder ob man nicht auch schrittweise bei akuten Problemen (zum Beispiel nur den Bürgersteig auffüllen) vorgehen könnte. Eventuell braucht es einen Prioritätenplan, wie man es stückweise angehen kann, dass alle Haltestellen barrierefrei werden.

Herr John greift diesen Gesichtspunkt auf und fragt, ob es eine Übersicht über alle barrierefreien Haltestellen gibt.

Frau Gut (Stadtwerke) antwortet, dass es in der Stadt Bayreuth 370 Haltestellen gibt. Es wurden bereits Listen gemacht und sie wollen auch eine Prioritätenliste erstellen, sodass besondere Brennpunkte, zum Beispiel an der Seniorenresidenz, nach und nach abgearbeitet werden. Ihrer Meinung nach muss geklärt werden, wann eine Haltestelle als barrierefrei gilt. Es müssen Abstimmungen mit der Stadt erfolgen. Beispielsweise sind manche Haltestellen nicht stark frequentiert, andere hingegen weisen eine hohe Fahrgastfrequenz auf und haben zudem beispielsweise einen Arzt in der Nähe und sind somit mit höherer Priorität versehen. Sie sind gerade dabei Listen zu erstellen, bei welchen Daten, wie zum Beispiel Bordsteinhöhen oder Buchtlängen, exakt erfasst werden. Zudem gehört Bayreuth zum Verkehrsverbund Großraum Nürnberg, bei welchem eine Software angeschafft wurde, über welche man online Auskunft über Barrierefreiheit erlangt. Diese Informationen sind über verschiedene Endgeräte abrufbar. Auch die Stadtwerke Bayreuth speisen in dieses Programm ihre gewonnenen Daten ein.

Herr John erläutert, dass es in anderen Orten an diesem Punkt auch Schnittstellen mit dem Behindertenbeirat gibt. Es macht beispielsweise einen Unterschied, ob man einen Elektro- oder einen Handrollstuhl hat und derartige Informationen sind in bestehenden Apps häufig nicht bedacht. Menschen mit Einschränkungen oder Vertreter des Behindertenbeirats können folglich Daten qualifizierter einspeisen und beurteilen. Frau Müller antwortet, dass es bereits sehr fruchtbare Zusammenarbeiten zwischen dem Behindertenbeirat und beispielsweise dem Tiefbauamt bezüglich Haltestellen gab.

Eine andere Teilnehmerin greift die Problematik auf, dass in vielen Bussen zu wenig Rollstuhlplätze vorhanden sind. Auf Nachfrage hin erläutert sie, dass in vollen Bussen mit vielen Menschen und Kinderwägen und Rollatoren lediglich ein Rollstuhl hineinpasst und das auch häufig nur mit sehr viel Mühe. Ferner ist es ihrer Meinung nach problematisch, dass es verschiedene Vorrichtungen für die Rollstuhlplätze in verschiedenen Bussen gibt, beispielsweise bezüglich der Möglichkeiten den Rollstuhl festzuschnallen. Sie wünscht sich einheitliche Standards und Kennzeichnungen. Herr John gibt ihr Recht und erklärt, dass man bei gemeinsamen Fahrten von mehreren Rollstuhlfahrern platztechnisch an seine Grenzen gelangt. Er stellt die Frage, ob ein Pflicht-Rollstuhlplatz in Zukunft ausreichend ist. Frau Gut antwortet, dass seit drei Jahren ausschließlich Busse beschafft werden, welche drei oder vier Rollstuhlplätze aufweisen. Der nachträgliche Umbau von bestehenden Fahrzeugen gestaltet sich sehr kompliziert, aber bei Neuanschaffungen gibt es mehrere Rollstuhlplätze.

Herr Beekes fragt, ob es Regelungen bezüglich überfüllter Busse gibt und was mit den Leuten passiert, die nicht mehr in die Busse hineinpassen. Frau Gut entgegnet, dass bei Haltestellen, an denen es ein hohes Fahrgastaufkommen gibt, viele Busse fahren. An Tagen, an welchen ihre Leistungen weniger gefragt ist, beispielsweise im Samstags- und Sonntagsverkehr, wird das Angebot entsprechend reduziert. Die Problematik ist in diesem Fall, dass der Bedarf an die allgemeine Verkehrslage angepasst ist. Auf einen speziellen Bedarf, beispielsweise einen spontanen Ausflug von zehn Rollstuhlfahrern, ist das Angebot folglich nicht ausgerichtet. Herr John hakt nach, ob im Einzelfall, beispielsweise wenn eine Einrichtung einen besonderen Bedarf an einem Sonntag anmeldet, ein besonderer Bus eingesetzt werden könnte. Frau Gut bejaht dies, in diesem Fall können neue Fahrzeuge eingesetzt werden.

Frau Wurzel ergänzt, dass die Mobilität in den Landkreis ein großes Problem darstellt. Gleichwohl man in Bayreuth mit dem Bus fahren kann, so kann man nicht weiter aus der Stadt hinausfahren, da beispielsweise wichtige Schnittstellen wie der Bahnhof nicht barrierefrei sind. Darüber hinaus sollte ihrer Meinung nach das Angebot des Anruf-Linien-Taxis ausgeweitet werden und dies insbesondere bezüglich Menschen mit Höreinschränkungen. Sie fordert, dass das Anruf-Linien-Taxi auch per Fax oder SMS bestellt werden kann. Außerdem schlägt sie vor, die Regelungen bezüglich des Anruf-Linien-Taxis für Menschen mit Behinderung flexibler zu gestalten. Sie schildert den Fall einer Frau, deren Haltestelle in Wohnungsnähe am Wochenende nicht angefahren wird. Allerdings darf die Frau auch nicht das Anruf-Linien-Taxi nutzen, da ihre Wohnung im Stadtgebiet liegt. Laufen kann diese Dame aber auch nicht. Für solche Ausnahmefälle gilt es zu prüfen, ob es nicht machbar wäre, dass auch innerhalb des Stadtgebiet das Anruf-Linien-Taxi genutzt werden darf. Frau Gut antwortet, dass derartige Lösungen gerne geprüft werden können. Es müssen Richtwerte aufgestellt werden, durch welche Grenzen festgelegt werden.

Herr John ergänzt, dass Menschen mit Behinderung verstärkt auf öffentliche Mobilität angewiesen sind, da sie oftmals wenig Einkommen und keinen Führerschein besitzen. Demnach hat diese Zielgruppe auch bei einem verschmälerten Verkehrsangebot mehr Schwierigkeiten.

Herr Beekes spricht den Fahrstil einzelner Busfahrer an. Dieser ist teilweise sehr unterschiedlich und manchmal fühlt er sich nicht sicher im Bus. Er fragt sich, an welche Personen man sich in diesem Fall wenden kann. Frau Gut antwortet, dass eine persönliche Ansprache bei dem jeweiligen Busfahrer manchmal sehr hilfreich sein kann. Bei großen Ängsten soll man sich gerne an die Stadtwerke wenden, wo Hinweise

dankbar aufgenommen werden und betroffene Fahrer gezielt angesprochen werden können oder eine Schulung angeordnet werden kann. Frau Müller schlägt vor, im Frühjahr 2017 erneut Schulungen für das Buspersonal durch den Behindertenbeirat durchzuführen, sodass die Sensibilität gefördert wird. Frau Gut will dieses Angebot sehr gerne, wie in vergangenen Jahren, annehmen. Frau Wurzel äußert die Bitte, an dieser Stelle auch den Landkreis ins Boot zu holen und beispielsweise eine gemeinsame Schulung durchzuführen.

Herr Richter kritisiert ein Busunternehmen, das zu einer gewissen Uhrzeit einen Reisebus, einsetzt, welcher für schwer gehbehinderte Menschen kaum nutzbar ist.

Herr Beekes ergänzt, dass das Unternehmen Flixbus stetig neue Busse einkauft und hiervon nur ein Bruchteil barrierefrei sind. Hier stimmt Frau Wurzel ihm zu und sagt, dass barrierefreie Busse extra bestellt werden müssen.

4 Verabschiedung

Herr John beendet die Sitzung mit Blick auf die Zeit und freut sich auf weitere Diskussionen im nächsten Jahr. Nächstes Mal sollen konkrete Maßnahmen herausgearbeitet werden. Auch Frau Wurzel bedankt sich für die Teilnahme und diese ersten tollen Ergebnisse und wünscht allen Teilnehmern einen guten Heimweg.

Für das Protokoll

Laura Rannenberg

Michael John

BASIS-Institut